

Rede CN Bürgerschaftssitzung 19.06.2019 Aktuelle Stunde (von SPD angemeldet)

## **Gute Perspektive für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer: Hamburg unterstützt aktuelle Initiative für mehr Tarifbindungen.**

Sehr geehrte Frau / Herr Präsident (-in), meine Damen und Herren,

die senatstragenden Parteien rühmen sich hier in dieser aktuellen Stunde dafür, dass Hamburg – vertreten durch den Senat – eine Bundesratsinitiative mitgetragen hat.

Kern der am 7. Juni beschlossenen Entschließung des Bundesrates ist es Tarifverträge zukünftig leichter für allgemeinverbindlich erklären zu lassen – mit dem erklärten Ziel, dass dieses in Zukunft auch deutlich häufiger passieren soll.

Was hier für Laien so scheinbar harmlos daher kommt, ist aber nichts anderes, als billige Klientelpolitik des Senats.

Denn ganz unumwunden wird an anderer Stelle zugegeben, dass Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände mit deutlich sinkenden Mitgliederzahlen und einem zunehmenden Bedeutungsverlust zu kämpfen haben.

Mit dieser Bundesratsinitiative sollen genau diese Interessen dieser Klientel befördert werden.

Das, was diese Klientelpolitik aber so problematisch macht, sind die Auswirkungen dieser geplanten Markteingriffe auf die Verbraucher und Konsumenten - also auf uns alle!

Denn was bedeutet es, wenn ein Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt wird? Das bedeutet: Der Platzhirsch am Markt macht seine Standards und seine tariflichen Löhne zur zwingenden Vorgabe für alle seine Wettbewerber. Mit diesem Instrument sollen unliebsame Konkurrenten aus dem Markt gedrängt werden.

Für den Platzhirsch wird es nun deutlich leichter eine Monopolstellung einzunehmen. Monopole sind letztlich schlecht für uns alle. Denn Monopolisten können den Preis am Markt bestimmen. Das bedeutet, dass alle Verbraucher nicht mehr die freie Wahl haben, sondern die Preise zahlen müssen. In umso mehr Branchen dieses Mittel um sich greift, umso mehr werden die Verbraucher von den dortigen Platzhirschen und Monopolisten geschröpft. Und umso weniger können sich die Menschen mit ihrem Einkommen leisten. Und das führt zu einer allgemeinen Erhöhung der Armut in der Gesellschaft.

Monopole sind erwiesenermaßen schlecht für die Gesellschaft. Letztlich bleibt zu hoffen, dass die Bundesregierung dieses Anliegen aus dem Bundesrat nicht aufgreift, und es dadurch seine Schädlichkeit nicht entfalten kann.

Vielen Dank!